

Die nächsten Nachrichten, die jetzt über den Inhalt der Kompromißverhandlungen vorliegen, lassen die ablehnende Haltung der unabhängigen Sozialdemokratie als noch berechtigter erscheinen, als das gestern der Fall war. Die Zustimmung der bürgerlichen Parteien zur Ausföhrung einer Zwangsanleihe, von der auch jetzt noch nicht feststeht, wie sie im einzelnen aussehen und welche Wirkung sie haben wird, ist erkaufte worden mit wesentlichen Zugeständnissen, die eine steuerliche Erleichterung der Besitzenden im großen Umfang bedeuten. Nach den übereinstimmenden Berichten der Zeitungen der verschiedenen Richtungen hat in den gestrigen Kompromißverhandlungen die Sozialdemokratie nicht nur auf die Erhebung der Vermögenswachstumssteuer aus der Nachkriegszeit verzichtet, sondern im Gegensatz zu ihrer bisherigen Haltung sich auch mit jenem abgeschwächten Tarif der Vermögenssteuer einverstanden erklärt, der bei der ersten Lesung im Steuerauschuß beschlossen wurde. Von besonderer Bedeutung aber ist das Zugeständnis, daß die Frage, wie die landwirtschaftlichen Grundstücke zu veranlagen seien, ob nach dem Ertrags- oder nach dem gemeinen Wert der Entscheidung des Plenums überlassen wird. Da im Plenum alle bürgerlichen Parteien für die Besteuerung nach dem Ertragswert eintreten werden, so ist das auch eine Preisgabe des bisherigen Standpunktes.

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die jüngst erschienene Kompromißliste über deren Raum kostet 8.- M. einschließlich Interentensteuer. Klein-Anzeigen: Das eingedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Interentensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 1.50 M. netto pro Zeile. Briefen-Gebühren in Wort-Anzeigen: das eingedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M. Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

Vor der großen Koalition?

Die Deutsche Volkspartei verlangt „sachliche“ und „persönliche“ Garantien Erhebliche Zugeständnisse der Rechtssozialisten an die Besitzenden

Die nächsten Nachrichten, die jetzt über den Inhalt der Kompromißverhandlungen vorliegen, lassen die ablehnende Haltung der unabhängigen Sozialdemokratie als noch berechtigter erscheinen, als das gestern der Fall war. Die Zustimmung der bürgerlichen Parteien zur Ausföhrung einer Zwangsanleihe, von der auch jetzt noch nicht feststeht, wie sie im einzelnen aussehen und welche Wirkung sie haben wird, ist erkaufte worden mit wesentlichen Zugeständnissen, die eine steuerliche Erleichterung der Besitzenden im großen Umfang bedeuten. Nach den übereinstimmenden Berichten der Zeitungen der verschiedenen Richtungen hat in den gestrigen Kompromißverhandlungen die Sozialdemokratie nicht nur auf die Erhebung der Vermögenswachstumssteuer aus der Nachkriegszeit verzichtet, sondern im Gegensatz zu ihrer bisherigen Haltung sich auch mit jenem abgeschwächten Tarif der Vermögenssteuer einverstanden erklärt, der bei der ersten Lesung im Steuerauschuß beschlossen wurde. Von besonderer Bedeutung aber ist das Zugeständnis, daß die Frage, wie die landwirtschaftlichen Grundstücke zu veranlagen seien, ob nach dem Ertrags- oder nach dem gemeinen Wert der Entscheidung des Plenums überlassen wird. Da im Plenum alle bürgerlichen Parteien für die Besteuerung nach dem Ertragswert eintreten werden, so ist das auch eine Preisgabe des bisherigen Standpunktes.

Ferner ist von den Sozialdemokraten zugestimmt worden, daß das Reichsnotopfer, wie die Regierungsvorlage es vorsieht, nur bis zu 40 Prozent eingezogen wird. Sie hat sich auch damit zufrieden gegeben, daß die Zuschläge zur Vermögenssteuer, die einen Erlatz für das Notopfer darstellen sollen, nicht 300 Prozent, sondern nur 200 Prozent betragen soll. Ferner soll der Erbschaftsteuertarif der Geldbewertung angepaßt, d. h. wesentlich gemildert werden.

Was haben demgegenüber die bürgerlichen Parteien zugesichert. Sie haben der Zwangsanleihe zugestimmt, deren Höhe bis 40 Milliarden Papier oder eine Milliarde Goldmark gehen sollte. Auch jetzt noch fehlen Angaben über den Zinsfuß und über die Tilgung. Es wurde aber ausdrücklich betont, wie die „Tägliche Rundschau“ mitteilt, „daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Privatpersonen und Gesellschaften, die für die Aufbringung der Zwangsanleihe in Betracht kommen, gebührend berücksichtigt werden sollen“.

Daß das nichts anderes als eine wesentliche Durchlöcherung des ganzen Prinzips ist, bedarf keiner Auseinandersetzung. Wie skeptisch auch in bürgerlichen Kreisen das Ergebnis der Kompromißverhandlungen betrachtet wird, geht aus einem Artikel von Georg Bernhard in der „Vossischen Zeitung“ hervor. Der Artikel schließt:

„Fast so alles in allem das Ergebnis des gestrigen Tages zusammen, so überwiegen die Zweifel ganz erheblich die Gewissheiten. Und man kommt doch zu der Einsicht, daß die wirklichen Schwierigkeiten der Reparationsfrage durch das gestrige Kompromiß nicht überwinden, ja vielleicht sogar vermehrt sind. Und es erscheint vor allem noch sehr fraglich, ob diese ungewisse und unbestimmte Transaktion dazu beitragen kann, die Wechselstufte zu stabilisieren. Man ist von einer ganz richtigen Problemstellung ausgegangen, hat zunächst auch den ganz richtigen Weg für die Lösung des Problems beschritten, hat sich später aber durch den falschen Wegweiser eines verhängnisvollen Schlagwortes in die Irre leiten lassen.“

Die Rechtssozialisten haben dauernd als die Vorbedingung für die Zustimmung zu dem Steuerkompromiß ein „sichtbares Opfer“ des Besitzes verlangt. Daß dieses sichtbare Opfer in den Kompromißverhandlungen nicht gebracht worden ist, kann jetzt keinem Zweifel mehr unterliegen. Das Kompromiß ist geschlossen worden unter Preisgabe wesentlicher Forderungen der Arbeiterklasse und mit Zugeständnissen an die Besitzenden belastet worden, deren Tragweite sich erst vollkommen übersehen lassen wird, wenn die Besitzenden noch größeren Einfluß auf den Vollzug der Steuerergesse ausüben werden, wie das ihre Absicht und auch ihre Bedingung ist.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Zustimmung der Deutschen Volkspartei zu dem Kompromiß nur unter der Voraussetzung der Erweiterung der Regierung durch ihre Aufnahme in die Regierung abhängig gemacht worden ist. So schließt die „Tägliche Rundschau“:

Durch dieses Steuerkompromiß gilt das wesentlichste Hindernis für die Bildung der großen Koalition als beseitigt. Infolgedessen ist die Frage der Erweiterung der Regierung nach rechts sofort wieder aufgetaucht und beherrscht bereits mehr denn je die innere Politik. Wenn die Deutsche Volkspartei in die Regierung eintritt, so würde damit auch zugleich die unklare Haltung der Bayerischen Volkspartei beendet und diese in die Regierungskoalition mit eingeschlossen sein. Man spricht davon, daß die Deutsche Volkspartei das Reichswirtschafts- und das Reichsfinanzministerium erhalten soll. Das wäre auch das Wichtigste, was die Deutsche Volkspartei für das Schwere und in seiner wirtschaftspolitischen Tragweite augenblicklich noch gar nicht zu übersehende Opfer verlangen könnte. Die Sozialdemokraten möchten freilich die Deutsche Volkspartei nach ihrer Zustimmung zum Steuerkompromiß als den Mohr, der seine Schuldigkeit getan hat, wieder nach Hause schicken. Wie wir hören, wird aber die Deutsche Volkspartei darauf bestehen, daß sie an der Verantwortung, die sie durch ihre Zustimmung zum Steuerkompromiß übernommen hat, auch in einer Weise beteiligt wird, die ihr einen wirklichen Einfluß auf den weiteren Gang der Staatsgeschicke sichert. Die Volkspartei könnte unzeres Erachtens nach auch gar nicht die Verantwortung für den folgenschwereren Schritt der Zwangsanleihe übernehmen, wenn ihr nicht gewisse Garantien dafür geboten würden, daß der neue Kurs nicht völlig durch sozialistische Steuererregesse reguliert wird.

Wenn auch die rechtssozialistische Fraktion sich in ihrer gestrigen Abänderung ganz entschieden gegen eine augenblickliche Verbreiterung der Regierungskoalition nach rechts ausgesprochen hat, so ist doch nach ihrer bisherigen Haltung kaum anzunehmen, daß dies ihr letztes Wort ist. Zum mindesten dürften sie wohl nicht abgeneigt sein, dem Eventualerlangen der Deutschen Volkspartei zu entsprechen, die unter der Forderung nach „persönlichen Garantien“ die Befreiung des Finanz- und Wirtschaftsministeriums durch „anerkannte Fachleute“ verlangt.

Die endgültige Entscheidung über das Steuerkompromiß wird in einer interfraktionellen Sitzung fallen, die heute vormittag um 10 Uhr begonnen hat und der sich um 12 Uhr eine Fraktionsführung der Rechtssozialisten anschließt. Um 8 Uhr wird das Plenum des Reichstags zusammentreten, um eine Erklärung der Reichsregierung entgegenzunehmen. Es ist geplant, danach eine einstündige Pause eintreten zu lassen und dann heute und morgen die Debatte über die innere und auswärtige Politik zu Ende zu führen.

Mieterschutz und Mieteinigungsämter

Von P. Winnen-Düsseldorf

Der dem Reichstag in kurzer Zeit zugehende Entwurf eines Gesetzes über Mieterschutz und Mieteinigungsämter, zeigt von Anfang bis zu Ende, daß sich die Reichsregierung allzu sehr von dem Gedankten hat leiten lassen, den Wünschen der organisierten Haus- und Grundbesitzer Rechnung zu tragen. Der neue Mieterschutz schützt nur noch insoweit vor der Aufhebung des Mietverhältnisses gegen seinen Willen, als sich dies mit den Interessen des Vermieters vereinen läßt. Das Allerbeste bei den Gesetzesentwurf aber ist, daß über die Auflösung der Mietverhältnisse nicht mehr das Mieteinigungsamt, sondern das Amtsgericht entscheidet.

Bergeblisch versucht die Regierung, ihre Verschlechterungen des Mieterschutzes zu rechtfertigen. Der wirkliche Geist des neuen Mieterschutzes ist zu deutlich.

Bei dem ständigen Wechsel auf dem Wohnungsmarkt läßt sich das Vorhandensein eines für eine bestimmte Person geeigneten Raumes erst in dem Zeitpunkt feststellen, in dem das Raumbedürfnis eintritt, also die Durchführung des Räumungsurteils erzwungen werden soll; andererseits kann dem Vermieter eine aus sonstigen Gründen gerechtfertigte Auflösung des Mietverhältnisses billigerweise nicht wegen eines zurzeit bestehenden Mangels an Ersatzräumen verweigert werden, da dieser Mangel vielleicht schon binnen kurzem behoben sein kann.

Es wird also nicht mehr und nicht weniger verlangt, als daß die Mieteinigungsämter die Räumung einer Wohnung auch dann zulassen sollen, wenn zwar nicht sofort eine Wohnung, d. h. ein Obdach für die zu evakuierende Familie vorhanden ist, sondern wenn dieser Mangel vielleicht schon in kurzer Zeit behoben sein kann. In der Zwischenzeit mag dann der obdachlose Mieter bei Mutter Grün oder im Obdachlosenasyl nächtigen, denn die berechtigten Interessen des Vermieters ließen ein längeres Verweilen in den Wohnräumen nicht mehr zu. Es wird hier vielleicht eingewendet werden, daß diese Fälle nur vereinzelte und sehr selten vorkommen könnten. Dem ist aber nicht so. Diese Fälle sind schon beim alten Mieterschutz vorgekommen, wenn auch nur selten. Jetzt werden sie aber zur Regel werden, denn die Hausbesitzer werden durch ihre Vertreter, meist die tüchtigsten Rechtsanwältte, nachweisen lassen, daß zwar zur Zeit ein passender Ersatzraum nicht vorhanden, der Mangel aber in kurzer Zeit behoben sein werde. Die Räumung wird beschlossen werden, der Mieter ist obdachlos geworden und er mag sehen, wo er unterkommt. Die schlimmste Verfallsdateurung des jetzigen Mieterschutzes enthält § 1 des Gesetzesentwurfs. Er bestimmt, daß nicht mehr das Mieteinigungsamt zu entscheiden hat, ob ein Mietverhältnis gegen den Willen des Mieters sein Ende findet, sondern das ordentliche Gericht. Das Verfahren vor den Amts- und Landgerichten ist schriftlich, die mündliche Verhandlung ist lediglich eine Komödie, und zwar eine sehr schlechte Komödie. Nach § 202 des Gerichtsverfahrgesetzes, Absatz 4, sind Räumungssachen Familiensachen und nach § 216 Z. P. O. kann die Einlassungsfrist auf Tage oder Stunden abgekürzt werden. Die allergrößte Zahl der Mieter besteht aus Hand- und Kopfarbeitern und die allermeisten von diesen — man kann ruhig sagen, 90 Prozent — sind vollständig rechtsunkundig. Die Leute glauben, ihr gutes Recht im Termin mündlich vorzutragen zu können und lassen dabei in den allermeisten Fällen jämmerlich hinein. Zeit, um sich nach einem Rechtsbeistand zu bemühen, bzw. das „Arbeitersekretariat“ anzufordern, fehlt infolge der kurzen Einlassungsfrist dem Beklagten, während der Kläger (Vermieter) wochenlang vorher Zeit hatte, alles genau auszuklügeln, um den Beklagten (Mieter) hineinzulegen.

Derartige Ueberrumpelungen waren am Mieteinigungsamt, wenn der Mieterbesitzer nur halbwegs auf dem Posten war, einfach unmöglich. Diese Rechtsgarantie hatte der Mieter wenigstens am Mieteinigungsamt, während die Rechtsgarantien der Mieter am Amts- und Landgericht sehr zweifelhafter Art sind und waren. Gelingt es den sozialistischen Parteien nicht, den Absatz 1 des § 1 im Reichstag zu Fall zu bringen und es beim Alten zu belassen, so muß verlußt werden, daß für Klagen auf Aufhebung des Mietverhältnisses besondere Kammern am Amtsgericht gebildet werden, an denen Laien wie beim Mieteinigungsamt mitwirken haben, und zwar je einer aus Mieter- und Hausbesitzertreife. Gelingt nicht außerdem das letztere, ist es mit dem Mieterschutz ein für allemal vorbei; aus dem Mieterschutz ist ein Vermieterrecht, ein Recht auf Ausübung der Kollage Hinzuerwerb von Mietern geworden, denn die Herren Amtsrichter, herangezogenen aus kapitalistischen Kreisen, können sich mit den heutigen Zuständen und den aus der Not der Zeit geborenen Gesetzen ganz und gar nicht abfinden. Diese Herren kennen in den meisten Fällen keine Rechte, sondern nur Pflichten der Mieter und vertreten den Standpunkt, daß einzig und allein der Hausherr zu legen und befehlen habe. Die Heraushebung der Vermögensgrenze auf 300 Mark ist doch den Kennern der Sache Beweis genug, wie stark sich unter Umständen so ein einzelner Herr

Amerikas Forderungen an Deutschland

Das deutsche Guthaben in Amerika

Paris, 26. Januar.

Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Washington wird der Betrag der Schulden amerikanischer Staatsangehöriger aus dem Kriege, zu deren Regelung, wahrscheinlich auf Grund eines neuen deutsch-amerikanischen Vertrages eine Kommission eingesetzt werden soll, auf 400 Millionen Dollar geschätzt. Es soll in der Sitzung des Kabinetts mit den republikanischen Führern der beiden Parlamente außerdem beschlossen worden sein, den während des Krieges beschlagnahmten Besitz erst dann zurückzugeben, wenn die Forderungen der amerikanischen Bürger befriedigt worden seien.

Nach den offiziellen Statistiken habe der Verwalter feindlichen Eigentums noch 500 Millionen Dollar in Verwahrung, die Deutschland gehörten.

Die alliierten Schulden an Amerika

Washington, 25. Januar.

Senator Borah erklärte im Laufe einer Debatte über den Gesetzesentwurf zur Konsolidierung der alliierten Schulden, die alliierten Nationen könnten durch eine Revision des Versailler Friedensvertrages und durch eine Ein-

chränkung der Armeen auf ein vernünftiges Maß nicht nur die Zinszahlung für ihre Schulden bei den Vereinigten Staaten ermöglichen, sondern auch einen Teil der Schulden selbst zurückzahlen. Borah fügte hinzu, daß die amerikanische Regierung so lange das Recht haben würde, die Frage der alliierten Schulden vom rein kaufmännischen Standpunkte zu betrachten, als man in Europa die heutige Politik verfolgte. Er könne nicht begreifen, daß Frankreich eine Armee von 850 000 oder einer Million Mann gebrauche, um sich gegen Deutschland zu schützen, dessen Armee auf 100 000 Mann eingeschränkt worden sei.

Ein Druck auf Konstantin?

Wie dem „Matin“ aus Belgrad gemeldet wird, hat König Alexander anlässlich seines letzten Besuches beim rumänischen Königspaar in Sinaja dem anwesenden Kronprinzen Georg von Griechenland nahegelegt, er möge seinen Vater, König Konstantin, veranlassen, auf den Thron zu verzichten. Sowohl der König von Serbien wie der König von Rumänien hätten für den Fall, daß Kronprinz Georg in naher Zeit den Thron von Griechenland bestiege, die Aufnahme Griechenlands in die Kleine Entente und den Abschluß einer Militärkonvention zwischen Rumänien, Südslavien und Griechenland in Aussicht gestellt, um den status quo auf dem Balkan zu sichern.

führt, denn ihm kann keiner etwas nachsprühen, deshalb kann sich auch der Herr Amtsrichter die Begründung sehr leicht machen.

Es wäre noch vieles zu den einzelnen Bestimmungen des Entwurfs zu sagen, jedoch kann das geschehen, wenn der Entwurf dem Parlament zugegangen ist. Mögen die sozialistischen Parteien bei der Beratung im Reichstag dafür sorgen, daß das Gesetz einen solchen Inhalt erhält, daß ein wirklicher Arbeiterschutz für die proletarischen Kreise daraus wird.

Der Streikbeschuß und das Ultimatum

Die Beschlüsse der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter

Eine Zuschrift der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter an die Presse zeigt, daß wir Recht hatten, als wir gestern schrieben, die vom „Berliner Tageblatt“ und auch von anderen Zeitungen verbreitete Nachricht, die Reichsgewerkschaft habe einen „Streikbeschuß“ nebst „Ultimatum“ gefaßt, sei in dieser Form falsch und irreführend. Der Bericht über die Sitzung des erweiterten Vorstandes der Reichsgewerkschaft teilt mit, daß die Deutsche Beamtenschaft auf keinem Fall länger gewillt sei, die Gefährdung ihrer materiellen und beamtenrechtlichen Stellung widerstandslos zu ertragen. Auf der Tagung wurden Beschlüsse vorgebracht, die sich gegen die unzureichende Befoldungserhöhung, gegen das Eisenbahn-Arbeitszeitgesetz und gegen das Reichsbahnstrafgesetz richteten. Dieses wurde beanstandet, weil es die Beamtenschaft mit der völligen Ausschaltung als mitbestimmende Faktoren ihres Betriebes bedroht und sie bedingungslos unter die Diktatur des Reichsverkehrsministers zwingt. Zum Schluß heißt es in dem Bericht:

„Aus allen diesen Gründen unmittelbaren Notstandes und dringender Gefahren kam der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft mit Zweidrittel-Mehrheit zu dem Beschuß, die zuständigen Behörden zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Neuregelung der Grundgehälter zu ersuchen, und gab dem Hauptvorstande der Reichsgewerkschaft die Vollmacht, nach erfolglosem Verlauf einer gewissen Frist die Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels in die Wege zu leiten.“

Somit ist nur beschlossen worden, die zuständigen Behörden zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Neuregelung der Grundgehälter zu ersuchen. Was in Zukunft geschieht, hängt daher von dem Verhalten der Behörden gegenüber diesem bescheidenen Ersuchen der Reichsgewerkschaft ab. Die Stimmung unter den Eisenbahnbeamten ist allerdings durchaus nicht friedlich. Ihr Unwille kann auf das höchste gesteigert werden, wenn sich die Regierung bei dieser Gelegenheit ebenso brüskierend benimmt, wie bei früheren Verhandlungen. Und das ist wohl der Grund, weshalb die bürgerliche Presse sich bereit, aus dem Ersuchen um Verhandlungen einen „Streikbeschuß“ und ein „Ultimatum“ zu machen. Auf diese Weise soll die Schuld an immerhin möglichen Konflikten von vornherein auf die Haltung der Organisation geschoben werden, und die gewünschte Höhe soll vorbeugend beginnen, ehe noch ein entscheidender Schritt der Organisation geschehen ist.

Wissenschaftlich dieser Vorgang für die Reichsgewerkschaft sehr reich. Sie kann daraus erkennen, wie ausgedehnt der Kreis ihrer Gegner ist. Eine Abwehr sowohl gegen diese Höhe, wie gegen die Verelendung der Beamtenschaft ist nur möglich, wenn die einzelnen Beamtensorganisationen nicht isoliert vorgehen, sondern sich vor jedem entscheidenden Schritt mit den anderen Eisenbahnerorganisationen zu gemeinsamer Tat in Verbindung setzen.

Verlogenheit

Die „rote Fahne“ ruft „Halbt den Dieb!“ Nachdem sie, getreu ihren Gewohnheiten, über den Umfang und die Bedeutung der Teilstreiks der Eisenbahner in einigen Betrieben in Sachsen in übertriebener Weise berichtet hat, beschäftigt sie uns der Verbreitung von Falschmeldungen, weil wir die Wahrheit berichtet haben. Es steht fest, daß dieser Streik nur einen ganz geringen Umfang angenommen hat, und da wir kein Interesse daran haben, der Arbeiterschaft Sand in die Augen zu streuen, haben wir unsere Leser von vornherein wahrheitsgetreu über diesen Tatbestand unterrichtet. Dafür beschimpft uns die „rote

Fahne“ in ihrer heutigen Morgenausgabe in der unerschämtesten Weise. Sie ist entrüstet darüber, daß es ihr nicht gelungen ist, durch ihre aufpuffenden Meldungen die Taktik des Zentralvorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes zu durchkreuzen. Zum Beweis gegen uns bringt sie ein langes Zitat aus einem Artikel des Dresdener Organs unserer Partei. Dieser Artikel unseres Dresdener Blattes enthält aber nur einen Bericht über die Vorgesichte des Streiks, der fast wörtlich wiederholt, was auch wir geschrieben haben. Zum Schluß kommt der Artikel zu einer Stellungnahme zum Streik, und da heißt es:

„Die Forderungen der Eisenbahner, um bereitwillig ein Teil in den Streit getreten ist, sind gerecht. Das erkennt auch der Deutsche Eisenbahnerverband an. Wenn die Bezirksleitung versucht, alle Wege der Verständigung auszunützen, um die Lage ihrer Mitglieder zu heben, so ist das verständlich und zu begrüßen. Verständlich ist aber auch, wenn die Eisenbahner es satt bekommen, sich länger vertrösten und von der Regierung an der Nase herumgeführt zu lassen. Es ist deshalb müßig, von einem Bruch der gewerkschaftlichen Disziplin durch die in den Streit getretenen Eisenbahner zu reden.“

Auch das stimmt genau mit dem überein, was wir zu dem Streik zu bemerken hatten. Keinen Augenblick haben wir bestritten, daß die Forderungen der Eisenbahner gerecht sind. Daß es die Eisenbahner seit haben, sich länger vertrösten zu lassen, haben wir schon vor Wochen betont. Auch über einen „Disziplinbruch“ haben wir uns nicht entrüstet. Aber alles das konnte uns nicht hindern, den wahren Tatbestand anzugeben und auch die Haltung der Bezirksleitung Sachsen des Deutschen Eisenbahnerverbandes und des Hauptvorstandes bei unserer Berichterstattung zu berücksichtigen. Beide Körperschaften lehnen eine Ausdehnung des Streiks mit Recht ab, weil sie sich als verhandlungsunfähig erweisen und alle Möglichkeiten für erfolgreiche Verhandlungen zerstören würden, wenn sie in dem Augenblick, da diese Verhandlungen begonnen haben, zum Streik aufrufen wollten.

Die „rote Fahne“ muß ihre Leser für außerordentlich beschränkt halten, wenn sie es wagt, ihnen eine derartige „Beweisführung“ gegen uns vorzulegen, die bei genauer Betrachtung nur für unsere Auffassung spricht. Zum Ueberflus muß dem Blatt das Unglück passieren, daß es auf derselben Seite, die von dieser Schimpferei gegen uns geziert wird, über die Wiederaufnahme der Arbeit in Dresden berichtet muß.

Die Streiklage in Sachsen

Die Streikbewegung der Eisenbahner in den Großstädten Sachsens ist noch immer nicht zum Abschluß gekommen. Im Streit befinden sich noch die Werkstättenarbeiter Leipzigs und in Zwickau die Werkstätten- und Betriebsarbeiter. Am Mittwoch fanden Urabstimmungen statt in Dresden-Friedrichstadt, Hauptbahnhof Dresden und Chemnitz. Ein Resultat liegt nur von Dresden-Hauptbahnhof vor, wo von den 1555 Beschäftigten 779 für den Streik und 300 dagegen stimmten. In den übrigen Orten Sachsens wird noch wie vor gearbeitet.

Das Kronprinzliche Dirnenhauptquartier

Ein vortrefflicher Gerichtsbeschuß

Der Staatsanwalt, der diese Ueberschrift liest und sich diese Notiz schon blau (oder rot?) anstreicht, um Anklage zu erheben, möge sich vorsetzen und erst weiterlesen, damit er sich nicht blamiere. Was die Ueberschrift sagt, ist einem Buche: „Die Tragödie Deutschlands“, im Verlage Duncker u. Humblot erschienen, entnommen. Die häßliche Stelle hat folgenden Wortlaut:

„Die Offiziere gaben der Mehrzahl nach nur ein Beispiel besonderer Zügellosigkeit. Der deutsche Kronprinz beherbergte einen Harem von Dirnen in seinem Hauptquartier, die Bordelle für Offiziere überfluteten die Etappe.“

Diese Stelle wurde, wie der „Vorwärts“ mittelst, mit vielem anderen Beweismaterial, das der angeklagte sozialdemokratische Redakteur Kurt Lehmann durch seine Verteidigung dem Landgericht Frankfurt a. O. als Beweismaterial eingereicht hatte, ohne weiteres als wahr unterstellt. Freilich war das Beweismaterial ungewöhnlich umfangreich, so daß dem Gericht möglicherweise gerade die pikantesten Sachen entgangen sind. Zum Beispiel behauptete die Verteidigung noch, der ehemalige deutsche Kronprinz habe ein in seinem

Etappenort wohnendes unbescholtenes Mädchen zu seiner Dirne gemacht und die empörten Eltern des Mädchens aus dem Ort abgeschoben lassen.

Alles das hat das Landgericht ohne weiteres als wahr unterstellt. Das ist außerordentlich anerkennenswert; endlich ist die Etappenwirtschaft der „großen Zeit“, die von den Offizieren bis hinauf zum Kronprinzen getrieben wurde, gerichtsnotarisch als eine Schweinerei festgestellt worden.

Am so merkwürdiger mußt es an, daß der Redakteur verurteilt wurde, obwohl er in seinem umfangreichen Wahrheitsbeweis über 1500 Zeugen benannt und zahlreiche Urkunden, Speisekarten aus Offizierskasinos und dergleichen, vorgelegt hatte und sein Beweis durch den Gerichtsbeschuß als tatsächlich gelungen anzusehen ist. Die Begründung amei den Ungeist der deutschen Justiz; ein „Etappenoffizierskorps“ habe es nicht gegeben, ergo seien die Frontoffiziere mit befehdigt, und das mußte geahndet werden. Gegen dieses Urteil ist selbstverständlich Revision angemeldet worden.

Genossenschaftliche Tagungen 1922

Der 19. deutsche Konsumgenossenschaftstag findet am 18. bis 22. Juni 1922 in Eisenach in Thüringen statt. Mit dem Konsumgenossenschaftstag ist vorhergehend am 18. und 19. Juni eine Versammlung des Generalrats verbunden. Außer der mit dem Genossenschaftstag verbundenen Versammlung des Vorstandes, des Ausschusses und des Generalrats soll eine solche Versammlung Ende April an einem noch näher zu bestimmenden Ort Mitteldeutschlands stattfinden. Die Verbandstage der zehn Revisionsverbände des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine werden in der Zeit zwischen dem 6. und 26. Mai in Bad Salzungen, Stettin, Gera, Ebingen, Deßau, München, Bauen, Görlitz, Elberfeld und Karlsruhe abgehalten werden.

Der auferstandene Koske

Koske ist nicht nur in Harburg, sondern auch im „Vorwärts“ auferstanden. Unsere Kritik an dem Harburger Schiffsbürgerrecht veranlaßt ihn, eine Parallele zwischen Koske — und dem Genossen Ledebour zu ziehen und nach einigen milden Worten über die „Irreümer“ Koskes sich schlagend vor dem Harburger Spitzenkandidaten zu stellen.

Wir müssen es schon dem „Vorwärts“ überlassen, sich zu Koske zu stellen, wie er will. Jeder blamiert sich eben wie er kann, und der „Vorwärts“ scheint das Bedürfnis zu empfinden, im Interesse der Einheit der Partei die Harburger Blamage auf die ganze Partei zu übertragen. (Andere rechtssozialistische Blätter, die etwas mehr proletarisches Empfinden haben, wie z. B. die „Chemnitzer Volksstimme“, stehen auf dem entgegengelegten Standpunkt und wenden sich energisch gegen die Aufstellung Koskes.) Aber wogegen wir uns mit aller Schärfe wenden müssen, ist der Versuch des „Vorwärts“, den Genossen Ledebour auf eine Stufe mit Koske zu stellen. Genosse Ledebour hat, das wird ihm auch von seinen politischen Gegnern nicht bestritten werden können, stets im Interesse der Revolution und der proletarischen Bewegung gehandelt. Koske dagegen wird mit Recht in der ganzen Welt als der Hausrecht der Konterrevolution, als der Förderer des neudeutschen Militarismus gehalten, der der deutschen Arbeiterbewegung unermesslichen Schaden zugefügt hat.

Sollte es wirklich als ein Symbol gelten, daß der „Vorwärts“ sich in diesem Augenblick zum Fürsprecher Koskes aufgeworfen hat?

Die Verlaufsliste des Mitteldeutschen Aufstandes wird jetzt durch den Minister Severing bekanntgegeben. Den damaligen Kämpfen fielen zum Opfer bei der Zivilen Disziplinierung 145 Tote, 58 Verwundete, 2 Vermisste; bei der Schutzpolizei 32 Tote, 67 Verwundete; Totalverlust: 297 Mann.

Zum Anschluß Byrmonts. Der Waldeckische Landtag hat den Staatsvertrag über die Abtretung des Kreises Byrmont an Preußen in der ersten Lesung genehmigt. Zwischen der ersten und der zweiten Lesung wird jedoch eine Kommission nochmals mit Preußen verhandeln.

gütlich tun durften. Am Abend aber sollten sich alle jungen Mädchen wie der Laubfrosch verlehrt ins Bett legen oder ihre Liegestühle in allen Teilen umwenden:

Zu Pauli Befehlung
Dreh' ich mein Bett.
Wer nun will mich frei'n
Und wer mein Schatz will sein,
Komme zum Stellbüchlein
Heut' in der Nacht,
Eh' ich vom Schlaf erwacht.

Wie man sieht, war das nicht ganz ernst gemeint; es galt nur vom Traum. Wunderlich erscheint auch — auf den ersten Blick — die auf den 25. Januar fallende „Vogelhochzeit“. In der sächsischen Wendel stellen die Kinder am Abend zuvor Teller und Körbchen vor die Türen, in denen sie am Morgen allerhand kleine Gaben finden, wie anderswo am Sankt-Nikolaus-Morgen zu Winters Anfang. Man sagt ihnen, das seien Geschenke der Vögel, die an diesem Tage Hochzeit feierten. Und in der Tat, in der Vogelwelt regt z. T. jetzt schon neues lezliches Leben.

Dr. J. Kl.

Gewerkschaften von Soldaten. Eine Besonderheit der spanischen Armee, die sich im politischen Leben schon vielfach bemerkbar gemacht hat und auch jetzt wieder bei der Regierungskrise eine Rolle spielt, ist das Bestehen von gewerkschaftlichen Verbänden, den sogenannten Juntas. Alle Offiziere des spanischen Heeres müssen in eine dieser verschiedenen Gewerkschaften eintreten, die für die verschiedenen Waffengattungen bestehen. Aber kein Stabsoffizier darf Mitglied einer Junta der Linienoffiziere werden. Der politische Einfluß dieser Juntas ist gewaltig. So drohten vor kurzem die Offiziere durch ihre Gewerkschaften, in einen Streik einzutreten, wenn nicht ihre Bezüge erhöht würden, und ihrem Begehren mußte gewillfahrt werden, obgleich es auch der spanischen Finanzverwaltung sehr schwer wird, die dadurch verursachten höheren Steuern aufzubringen. Die Stabsoffiziere stehen außerhalb dieser Juntas, und sie sind während des marokkanischen Krieges der Gegenstand heftiger Angriffe gewesen, indem man die Niederlagen der Unfähigkeit der Stabs- und besonders des Generalstabs zuschrieb. Die Juntas haben einen offiziellen Protest gegen die Generaldirektoren erlassen, worauf einer der Führer dieser Offiziergewerkschaften verhaftet wurde. Der dadurch entbrannte Kampf zwischen den Juntas und dem Kriegsministerium wird wohl mit dem Siege der ersteren enden, denn die Juntas haben erklärt, den Krieg in Marokko nicht mehr mitzumachen, wenn nicht der verhaftete Führer in Freiheit gesetzt wird. Der König hat sich gewillert, einen vom Minister geforderten Erlaß über die Auflösung der Juntas zu unterschreiben.

Orchesterkonzerte. Alexander Scriabin „Prometheus“ bildete die reizvolle Problematik auf dem 5. Orchesterabend des „Andra“ Klangmassen, bis zu flambenüberstehender Beamtenschaft

Mitgefühl der Spekulanten

Von Egon S. Straßburger

Die Spekulanten wollen verdienen, und dies Wort wird, um in ihrer Sprache zu reden, groß geschrieben. Leute, die bis vor kurzem sich durch der Hände Arbeit oder durch den Kopf sich ernährten, schlossen sich dem Gebahren des Börsenspielers oder der Tippdame an, sie spekulieren. Sie begaben sich zum Bankier, wie etwa die Rennbahnspieler zum Buchmacher: ängstlich, nervös, mit Herzklopfen und von Hoffnung geschwellt. Ohne welche Ahnung, ohne welche Kenntnis der politischen, finanziellen, wirtschaftlichen Lage und ohne Wissen der Zusammenhänge mit der Börse. Sie kaufen Papiere, wie man Mehl, Zucker oder Käse kauft. Heute erwerben sie die Papiere und morgen dünken sie sich einen Krösus, wenn die Aktien eines Sprung nach oben machen.

„Sarotti“ hieß vor langer Zeit die Losung und „Babische Anklagen“ waren ebenfalls begehrt, denn man entdeckte Auslandskäufe und Valuta-Herrlichkeiten: Die Schweden, die Frankreich! Beide gestirke Staaten, beide noch Goldbesitzer! So etwas wirkt belebend und die Papiere galten als hochsein, als prima...

Wie gepakt vom Taumel, vom Wahnsinn, von der Gesonut stützten die Massen auf die Papiere und die Phantasie tanzte raketentartig, machte Kurven, beschrieb Kreise und hüpfte und vibrierte.

Der große Krach kam in Anklagen. Oppau war zerstört! Hunderte tauchten das Feld, andere Hunderte wurden Krüppel... ein Bild des Jammers. Man denkt an „Ueber unsere Kraft“ von Björnson, hört den theatralischen Einsturz des Riesengebäudes, aber hier ist es furchtbare Wirklichkeit geworden...

Die Spekulanten aber sehen keine Toten und keinen Tors, sie eilen nur zum Zeitungserkäufer: „Sind sie gefallen?“

Ja, sie fielen, und die Spekulanten jammernten über den Rutsch tieferwärts, nicht aber über die Vermissten, deren Arbeit ihre Papiere so lange in oberen Sphären hielt.

Nach raucht „Sarotti“. Katastrophen sind verköhlt; gut eingekaufte Bohnen — 8000 Zentner — sind nicht mehr. 2500 Menschen sind brotlos geworden, Hunderte hatten Rauchvergiftung. Und wenn auch als geheilt entlassen, viele werden Schanden dabei nehmen.

Mitleid? — Weshalb? Die Aktien sind die Seele des Geschäftes. Sie fallen wieder. Werte sind vernichtet und eine Fabrik muß erst aufgebaut werden, damit die Schornsteine wieder rauchen.

Das Phantasie-Papier Sarotti hat seine Schwingen verloren und die Spekulanten schauen tränenden Auges auf einen rauchenden Trümmerhaufen.

Mitgefühl erwacht bei der Familie und bei einem lieben Freunde — nicht um die Armen, die keine Kakaobohnen zur Schokoladeproduktion in die Finger mehr bekommen, nein, um die Verluste der armen Spekulanten.

Junge Aktien stehen in Sticht. Daran schauten alle Spekulanten. Und nun... Mein Beifeld!

Winters Mitte

Man schreibt uns: Die Befehlung des Apostels Paulus, deren Erinnerung der 25. Januar gedenkt ist, hat zu allen Zeiten auf Gläubige und Ungläubige den allergrößten Eindruck gemacht. In den vielgebrauchten Redewendungen „aus einem Saulus ein Paulus werden“ und „seinen Tag von Damaskus erleben“ tut sich das kund. Wenn wir im 8. Kapitel der Apostelgeschichte den Bericht darüber nachlesen, finden wir dort auch noch mehr „göttliche Worte“, wie „wider den Stachel löten“, „mit Zittern und Jagen“, „ein auserwähltes Rüstzeug“, „und alsbald fiel es von seinen Augen wie Schuppen“. So konnte es nicht ausbleiben, daß sich auch die Volkspantomime mit diesem wichtigen Wendepunkte im Leben und Wirken des bedeutendsten Verkünders der christlichen Lehre beschäftigte und seinen Gedankengang zu einem Wendepunkte auch in anderer Hinsicht machte. Insgesamt gilt er als „des Winters Mitte“. „Pauli Befehl“, sagen die Tiroler, „der halbe Winter hin, der halbe her“. Und in nördlicheren Ländern ist sein Wetter zum mindesten vorbedeutend für die Zukunft:

Sankt Paulus klar — ein gut Jahr,
Hat er Wind — regnet's geschwind,
Wenn's Sankt Pauli regnet oder schneit,
Kommt teure Zeit,
Sankt Paulus schön mit Sonnenschein,
Bringt Fruchtbarkeit für Korn und Wein.

Dazu noch ein anderer hübscher Spruch, der ebenfalls „des Winters Mitte“ betont: „Pauli Befehlung — dreht der Froch sich um“. Mag die wissenschaftliche Wetterforschung, mit der es übrigens selber nicht weit her ist, dem Laubfrosch seinen altgedachten Ruhm als Wetterprophet freitrag machen, in diesem Punkte besteht er zu Recht; ich habe mehrfach mit eigenen Augen beobachtet, daß am 25. Januar einer, den ich jahrelang hegte, sich in seinem Erdloche umdrehte und nun, mit schlüssigen Augen, nach der anderen Seite hinsah, dem Sommer entgegen.

Von den mittelalterlichen Gewerken wählten die Sellen Sankt Paulus zu ihrem Schutzherrn, weil sie, wie er, bei ihrer Handlung rückerwart schreien. Sie begehen daher am 25. Januar ihren Hauptfesttag. Früherdem war Pauli Befehlung ein Weiberfesttag, an dem die Frauen allein feiern und sich

Die Hungersnot in Rußland

Ein Bericht Nanjens

Genf, 25. Januar.

Auf der Konferenz des Internationalen Komitees für Rußlandhilfe schilderte Nanjens die furchtbare Hungersnot in Rußland, die unaufhörlich weiter um sich greift und nunmehr ein von fast 32 Millionen Menschen bewohntes Gebiet umfasse. Neunzehn Millionen seien unmittelbar vom Tode bedroht, davon 15 Millionen jedenfalls rettungslos dem Tode verfallen. Es war ein ernster Augenblick, als Nanjens erklärte, daß alle diese Menschen hätten gerettet werden können, wenn sein Appell im September gehört worden wäre. Wenn aber diejenigen, denen noch zu helfen sei, nicht ebenfalls unkommen sollten, so müßten die Regierungen jetzt eingreifen und dürften keinen Tag mehr verlieren. Nanjens hob den guten Willen und die Ehrlichkeit der russischen Behörden hervor und protestierte auf das Schärfste gegen den unermesslichen, von Hellingfors aus organisierten Lügenfeldzug in der westlichen Presse, der dort die Hilfsbereitschaft lähme und damit ungezügelt Menschenleben fordere. Die Nahrungsmitteltransporte lämen unterleht an ihren Bestimmungsort, und nur die zerstörten Verkehrsverhältnisse in Rußland seien daran schuld, wenn die Lebensmittel nur langsam und nur in bestimmte Gebiete gelangen können. Daher sei die Versorgung Rußlands mit Kohlen und auch mit Futtermitteln für die zu Transportzwecken unentbehrlichen Pferde unbedingt notwendig. Eine Verbesserung der Eisenbahntreiden sei häufig ganz ausgeschlossen, weil die Bevölkerung oft zu schwach sei, um zu arbeiten, ja selbst um sich an die Verteilungsstellen für Nahrungsmittel zu begeben und auch oft nicht mehr genug Kräfte habe, um andere Nahrung als Getreide zu sich zu nehmen. Nanjens empfiehlt daher, aber auch aus finanziellen Gründen, mögliche Beschränkung der Nahrungsmittelzufuhr auf Getreide. Da für Transportzwecke nur drei Eisenbahnlinien in Betracht kämen, könne in vier Monaten nur ein Drittel der bedrohten Bevölkerung gerettet werden, dabei ergebe sich aber die Frage, ob man mehr Saat Korn oder mehr Getreide zur Ernährung senden solle; das eine könne bei den beschränkten Transportmitteln nur auf Kosten des anderen geschehen. Je mehr man Saat Korn schide, um später Menschenleben zu retten, um so mehr müßten heute sterben, und umgekehrt. Auch die Auswahl der zu rettenden Gebiete und der einzelnen Bevölkerungsarten stelle Probleme von furchtbarem Tragik dar.

Es entspann sich auf der Konferenz eine kurze Debatte darüber, ob man zuerst die Kinder oder die für die Landarbeit notwendigen Erwachsenden vom Hungertode retten solle. Nanjens trat die Ansicht, daß man sich zunächst darauf beschränken müsse, bestimmte Gebiete zu ernähren, damit sie wenigstens der Zukunft und Nahrung für die Gesamtheit erhalten werden können.

Wie aus dem Finanzbericht, der hierauf erstattet wurde, ersichtlich ist, sind außer gewissen Naturalleistungen bisher für die Ziele Nanjens in den einzelnen Ländern etwa 28 Millionen Goldmark aufgebracht worden, die aber bald aufgebraucht sein werden, so daß eine tiefgreifende finanzielle Hilfe notwendig ist. Die größte Hilfsbereitschaft hat bis jetzt Amerika entfaltet. Deutschland, dessen Bemühungen Nanjens wiederholt erwähnte, hat bis jetzt etwa sieben Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Die Hilfe der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale

Moskau, 24. Januar. (Intel.)

Hier ist eine Delegation der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale eingetroffen, die 75 000 Pud Lebensmittel sowie Kleidungsstücke und Schuhwerk für die Hungersenden gebracht hat. Für den 1. Februar ist eine weitere Sendung von 25 000 Pud Lebensmittel angekündigt und in der ersten Hälfte des Februar sollen außerdem noch 75 000 Pud Lebensmittel eintreffen. Die Delegation der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale beabsichtigt, die Versorgung von 40 000 Kindern im Gebiete der Tschumachen zu übernehmen und wird sich zu diesem Zweck in dieses Gebiet begeben.

Der Außenhandel im Dezember

Zum ersten Male ein Ausfuhrüberschuß

Nach den vorläufigen Feststellungen des Statistischen Reichsamts über die Ergebnisse des deutschen Außenhandels im Dezember 1921 hat im Spezialhandel betragen: Die Einfuhr 20,9 Millionen Doppelzentner im Werte von 13,7 Milliarden Mark, die

Ausfuhr 19,3 Millionen Doppelzentner im Werte von 14,6 Milliarden Mark. Die Einfuhrmenge ist somit im Vergleich zum Vormonat um 4,4 Doppelzentner oder 17,4 v. H. zurückgegangen; die Ausfuhrmenge weist nach einem Rückgang im November wieder eine Steigerung um 0,2 Millionen Doppelzentner oder 1,0 v. H. auf. Dem Werte nach hat sowohl die Einfuhr wie die Ausfuhr zugenommen, die Einfuhr um 1,4 Milliarden Mark oder 11,4 v. H., die Ausfuhr um 2,7 Milliarden Mark oder 22,7 v. H. Nachdem sich der Einfuhrüberschuß im November bereits auf 0,4 Milliarden Mark gegenüber 4,2 Milliarden Mark im Oktober verringert hatte, ist im Dezember, in erster Linie infolge des weiteren Rückgangs der Nahrungsmittelzufuhr, ein Ausfuhrüberschuß von 0,9 Milliarden Mark eingetreten.

Trotzdem weist die deutsche Handelsbilanz im Jahre 1921 eine starke Passivität auf. Denn für die Monate Mai bis Dezember (für Januar bis April liegen die Zahlen noch nicht vollständig vor), beträgt der Einfuhrüberschuß 12,1 Milliarden Mark.

Das Eisenbahnfinanzgesetz

Der Organisationsausschuß beim Reichsverkehrsministerium hat seine Beratungen über den Entwurf eines Eisenbahnfinanzgesetzes inzwischen fortgesetzt. Wir haben über die täglichen Kleinarbeiten des Ausschusses nicht berichtet, da die Nachrichten über die paragrafenweise Bearbeitung des Entwurfs nur eine unzulängliche Uebersicht gegeben hätte. Jetzt sind die Beratungen über das eigentliche Eisenbahnfinanzgesetz zum Abschluß gelangt und in der letzten Sitzung des Organisationsausschusses wurde ein Beschluß gefaßt, der besonders für die Beamtenchaft von Bedeutung ist. Der § 26, der das Beamtenrecht behandelt, erhielt nach längerer Debatte folgende Fassung:

„Die Beamten der deutschen Reichsbahn bleiben Reichsbeamte. Eine von den allgemeinen Vorschriften abweichende Regelung der Rechtsverhältnisse der Beamten der deutschen Reichsbahn kann nur auf dem gleichen Wege wie für die übrigen Reichsbeamten erfolgen. Die wohnortswahrenden Rechte der Beamten bleiben gewahrt. Der Reichsrat und die Reichsminister können die ihnen zustehenden Befugnisse in Beamtenangelegenheiten, soweit es sich um Beamte der deutschen Reichsbahn handelt, dem Reichsverkehrsminister mit seiner Zustimmung übertragen.“

Die Schlussbestimmungen wurden ohne Anstand erlobt. Die nächste Aufgabe des Organisationsausschusses ist die Beratung des Antrages auf Aufhebung der Demobilisierungsvorschriften für Eisenbahn und Post. Dann sollen das Arbeitszeitgesetz und der Etat für 1922 beprochen werden.

Die Not der Presse

Die Betriebsräte der Leipziger Zeitungsbetriebe haben folgende Entschliegung an die Reichsregierung gefaßt:

„Die Betriebsräte der Leipziger Zeitungsbetriebe ersuchen die Regierung, unverzüglich alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der wirtschaftlichen Gefährdung der Tagespresse zu ergreifen. Die Leipziger Zeitungsbetriebe fordern, der Verteuerung des Druckpapiers entgegenzuwirken durch Ueberwachung der Holzpreispolitik der Forstverwaltungen, ferner durch Ueberwachung der Preispolitik der Papier- und Zellulosefabrikation. Die Ausfuhr von Druckpapier ist strenger als bisher zu kontrollieren, nötigenfalls zu sperren. Jede Gefährdung des Inseratenverkehrs durch erhöhte Umsatzsteuer muß vermieden werden. Die Versorgung des Zeitungsgewerbes mit dem nötigen Druckpapier ist sicherzustellen durch die Einreihung des Zeitungsdruckpapiers in die Klasse der notwendigen Bedarfsgegenstände.“

Die „Völkische Zeitung“ druckt dazu eine Zuschrift ab, in der die alberne Bemerkung gemacht wird, die Betriebsräte der Zeitungsbetriebe hätten sich gegen den Dresdener Eisenbahnerstreik wenden sollen. Er sei es, der die Zeitungsbetriebe gefährde. Die Herren von der bürgerlichen Presse sollten doch endlich lernen, daß alle diese Versuche, eine Arbeitergruppe gegen die andere auszuspielen, fehlgehen. Wenn schon in der Arbeiterschaft Meinungsverschiedenheiten über taktische Fragen bestehen, dann werden sie nicht in Entschliegungen erörtert, die sich an die Regierung wenden. Die Arbeiterschaft tauscht ihre Meinungen unter sich aus und verbittet sich gleichzeitig jede Einmischung von unbeteiligten Kreisen.

wenn „Arier“ dieses Schlanges sich in einen besonderen Winkel zurückzögen; ihr ganzes Wesen ist geeignet, allen andern Menschen stark auf die Nerven zu fallen. Vindex.

Mammutfunde in Sibirien und Deutschland. Viel Aufsehen hat ein Petersburger Bericht über die in den vereisten Tundren des nördlichen Sibiriens aufgefundenen, fast völlig erhaltenen Mammut-Rohaber erregt. Nur wer näher mit der Kenntnis dieser fossilen Elefanten vertraut ist, weiß, daß ein solcher Fund bereits 1799—1808 in Sibirien, am Ufer der Lena, gemacht worden, und daß dessen Knochengerüst, nachdem das Fleisch inzwischen eine Beute der Wölfe geworden war, später nach St. Petersburg kam, wo es bis in unsere Jahre hinein eine der größten Sehenswürdigkeiten war. 1901 glückte in Sibirien (in Veresowka) ein neuer Fund; das Fleisch dieses im Eise durch Jahrtausende konservierten Mammuts war noch so gut, daß die Hunde es fraßen und sogar noch eine Serumdiagnose des Blutes möglich war. In Deutschland wurden besonders drei wichtige Mammutfunde gemacht; in Wria in der Nähe von Minden, in Steinheim bei Stuttgart und in Borna bei Leipzig. Jedoch handelt es sich nur um Teile von Mammutfossilien, vollständige Skelette vom Mammut sind bei uns trotz der Häufigkeit seines Vorkommens (besonders in Norddeutschland) noch nicht gemacht worden. Dagegen wurden Stroh- und Badesäbne dieses gigantischen Tieres, das größer war als der indische Elefant, an vielen Stellen Deutschlands gefunden, besonders auch in den Urstromtätern der norddeutschen Tiefebene.

Tages-Notizen

Theater. Neues Volkstheater. Freitag „Geister“. Sonnabend „Die Gelehrten“. — Neben der Vorbereitung von Julius Maria Beckers „Lebensgericht“ wird jetzt ein Werk von Max Brod einstudiert, für das Bernhard Reich als Regisseur und Rudolf Lange vom Deutschen Theater als Darsteller gewonnen sind. — Räte Doris spielt im Leipziger Theater in allen Aufführungen den „Wann mit Teien erwaschen“ die Rolle der Raja. Das „Neue Theater am Zoo“ bereitet Roman Hollands Drama „Die Zeit wird kommen“ vor. Das 1902 entstandene Werk hat zum Motto: „Dieses Drama sagt nicht eine einzelne Nation aus, sondern Europa. Ich würde es der Zivilisation.“

Großes Volkstheater. In 4. (vorletzten) Knonnenkloster, Philharmonie, 2. Februar, 7½ Uhr, bringt Gulian Richter mit den Philharmonikern Verlies' Symphonische Symphonie und die vollständige Aufführung von Strauss' „Strauß' in der Höhe, Minnie Kurt sagt zwei Straußlieder mit Orchester. — Die Geschäftsreihe befindet sich jetzt 24. Königsplatz 7.

Kindertheater für die Hungersenden in Rußland. Der Vortrag von Eindein wird vom 2. auf den 7. Februar verschoben. Damit er einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann, findet er im Warmersaal am Zoo statt. Das Thema wird nach bekanntgegeben.

Ueber Berufsfragen und Sozialpolitik sprechen am Sonnabend, 7½ Uhr abends, in der Aula Kapstr. 17, in öffentlicher Versammlung der entlassenen Schülerformer der Kst. Dr. Max Fabian, Dr. Siegfried Kowarsch und Lubia Sibler. Die Eltern, Angehörigen, Lehrer sind eingeladen.

Jüdische Kultur-Sig. Montag, 8 Uhr abends, findet im Warmersaal eine literarisch-musikalische Veranstaltung statt. Karten bei Weichels, Reie & Hof und Pilsenerstr. 12, 1, 2, 3, 4—7 Uhr.

Mehr Vorsicht

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Kriminalpolizei“, das Organ des Reichsverbandes der Kriminalbeamten Deutschlands, nachstehende Ausführungen:

Fast täglich liest man in der Tages- und Fachpresse, daß Polizei- und Kriminalbeamte von festgenommenen Personen angegriffen und in vielen Fällen auch bedauerlicherweise tödlich verletzt worden sind. (Mindestens ebenso viele, ja, viel zahlreichere Opfer fordert die Handhabung des Feinsevering'schen Schießverlisses unter den Festgenommenen. — Die Red.) Abgesehen davon, daß hierdurch die Hinterbliebenen in eine bittere Kollage verlegt werden, sind es in den meisten Fällen die tüchtigsten und energischsten Beamten, die auf diese tragische Art dem Dienst verloren gehen. Es mag auch hierbei in manchen Fällen Ueberreifer vorliegen, indem der betreffende Beamte allein einschreitet oder die Verbrecher dem einschreitenden Beamten überlegen sind. Wenn auch der Dienstleister und die Pflichttreue der betroffenen Beamten nur lobend anerkannt werden können, und hierdurch der Öffentlichkeit gezeigt wird, daß die alte bewährte Beamtentreue gerade bei den Polizei- und Kriminalbeamten noch immer besteht und kein leerer Wahnsinn ist, so muß doch zu etwas größerer Vorsicht gemahnt werden. In vielen Fällen ist wohl im Ueberreifer vergessen worden, die Festgenommenen nach Waffen zu durchsuchen und konnten sich nur dadurch die Angriffe auf die Beamten auf dem Wege zur Wache und auf der Wache selbst ereignen.

Es müßte sich deshalb jeder Polizei- und Kriminalbeamte zur eigenen Pflicht machen, jeden Festgenommenen zuerst nach Waffen zu durchsuchen und ihm diese, sowie Taschenmesser und andere gefährliche Werkzeuge abzunehmen. Wenn der Verbrecher nicht mehr im Besitz derselben ist, sinkt sein Mut unter Null herab und werden dann Angriffe und Fluchtversuche von selbst unterbleiben.

Vor dem Einschreiten muß jeder Beamte prüfen, ob er oder die anwesenden Kräfte der Sachlage gewachsen sind, und so schwer es manchmal auch fallen mag, vorher, wenn es irgendwie möglich ist, Verstärkung heranziehen. Bei Durchsuchungen empfiehlt es sich, daß an diesen stets mehrere Beamte teilnehmen und auch hierbei die anwesenden Beschuldigten zuerst nach Waffen durchsucht werden und mindestens ein Beamter die dauernde Beobachtung der Anwesenden übernimmt.

Bei Beachtung dieser Hinweise und unter Zuhilfenahme seiner eigenen im Dienst erworbenen Kenntnisse bei dem Umgang mit den Verbrechern werden die Angriffe der Festgenommenen und die Verletzungen der Beamten durch dieselben, wenn auch nicht ganz unterdrückt, so doch auf ein Minimum beschränkt werden.

Nicht unerwähnt möchte ich eine in der Gendarmerschule Wehlan gegebene Anregung lassen. Es wurde uns dort gesagt, daß wenn wir einen Festgenommenen zu transportieren hätten, wir immer daran denken müssen: „Jetzt will er ausbrechen!“ Diesen Hinweis kann ich nur empfehlen, da ich bisher stets von demselben Gebrauch gemacht habe und zwar mit gutem Erfolg, denn bis jetzt ist mir noch keine festgenommene Person entwichen. Die praktische Anwendung dieses Gedankens hat auch den Vorteil, daß jeder Fluchtversuch bei dem Festgenommenen, wenn er sich dauernd beobachtet sieht, im Keime erstickt wird.

Der Artikel kommt gerade zur rechten Zeit. Wenn es auch nicht direkt zum Ausdruck gebracht ist, so ist der Sinn der Ausführungen doch der, daß der Feinsevering'sche Schießverlass auf vom rein polizei-praktischen Standpunkt überflüssig ist. Es ist sehr bedauerlich, daß der Verfasser es nicht wagt, mit seinem Namen hervorzutreten. Er tut aber Flug davon. Beamts seines Schlages, von Können und anständiger Gesinnung, haben es heutzutage nicht leicht. Es trüftet sie aber das Bewußtsein, daß ihr Minister sowohl wie ihr Präsident Sozialdemokraten sind.

Zugzusammenstoß am Bahnhof Gesundbrunnen

Heute morgen, kurz nach 7 Uhr, in der Zeit des lebhaftesten Verkehrs kam es zu einem Zusammenstoß zweier Ringbahnzüge, der dadurch entstand, daß ein vom Bahnhof Wedding kommender Zug auf den noch auf Bahnhof Gesundbrunnen haltenden Zug, der ebenfalls in Richtung Bahnhof Schönhauser Allee fahren sollte, rück. Der Zusammenstoß war so heftig, daß die Rückwand des letzten Wagens des rückwärts Zuges eingedrückt und die beiden letzten Wagen schwer beschädigt wurden. Bei dem Zusammenstoß gingen die meisten Fenster Scheiben in Trümmer. Dadurch ist eine Anzahl Fahrgäste — über 20 — verletzt worden. Doch nimmt man an, daß alle Verletzungen nur leichter Natur sind.

Eine Untersuchung über das Unfälle ist im Gange. Wir werden im Morgenblatte ausführlich darüber berichten.

Für die weltliche Schule

Von der Freien Schulgemeinde des 2. Verwaltungsbezirks Moabit-Tiergarten wird uns geschrieben: In vielen Bezirken Berlins hat die Errichtung von Schulgemeinden und Gesellschaften zur Entfaltung weltlicher Schulen großen Anklang gefunden. Jetzt tritt auch das engere Berlin auf den Plan. Als erste hat sich im Bezirk 2, Moabit-Tiergarten, eine Freie Schulgemeinde gebildet. Sie ist trotz Verleumdungen, trotz niederster Belämpfung so stark an Mitgliedern gewachsen, daß wir zwei Schulen mit Kindern voll besetzen können. Die Ausdehnung unserer Bewegung liegt die Brüder in Christo aber nicht ruhen. Mit Mädchen und Jungen sucht man uns zu belästigen. Aber diese Art der Belämpfung hat uns einen Kampf für möglich gehaltenen Zuwachs gebracht. Wo die gewählten Vertreter der freien Schulbewegung sich nur bilden lassen, werden sie niedergedrückt. Lumpensindel, Verdreher, rote Brut, Heber sind Worte, die üblich sind. Aber angestrichenes Weihnachtsbaums (mit dem obligaten Engel und Frieden auf Erden) unsere Genossen mit Totschlagsdrohungen zu belästigen, zeigt doch eine Verzerrung, die jedes Maß überschreitet. Diese Bewegung wird vom Evangelischen Lehrerbund aufgegriffen, wofür Beweise vorhanden sind.

Einiges, geschlossenes Auftreten in allen Schulvernehmungen usw. macht diesen Kampf wehrlos. Um der Gesamtbewegung zu zeigen, wie unsere Schulen aussehen werden, sind eine Reihe von öffentlichen Schulvernehmungen angelegt, die ein geschlossenes Ganzes bilden. Die einzelnen Redate sind aber auch in sich abgeschlossen. Die Vernehmungen werden im Organisationskalender der „Freiheit“ angekündigt. Alle Genossen in Moabit werden aufgefordert, für die Vernehmungen eine rege Agitation zu entfalten. Die Mitgliedschaft der freien Schulgemeinschaft kann in den Vernehmungen erworben werden auch nehmen alle Parteifunktionäre des 4., 5. und 6. Distriktes Beitrittserklärungen entgegen.

Für alle Gemeinden, welche weltliche Schulen einrichten wollen, aber nicht über die genügenden Lehrkräfte verfügen, ist die Aufnahme eines Vertreters des Kultusministeriums sehr wichtig. Bei der Staatsberatung im Hauptamt des Staatsrats fragte Gen. La Grange, ob es möglich ist, Lehrpersonen nach anderen Orten zu versetzen, wenn diese Lehrpersonen nicht bereit wären, an einer weltlichen Schule zu unterrichten und bei Einrichtung einer solchen überflüssig werden würden. Es müßte sich doch ein Austausch dieser Lehrkräfte mit solchen ermöglichen lassen, die sich für eine weltliche Schule melden, oder in ihrer Gemeinde keine Verwendung finden können. Der Regierungsvertreter erklärte, daß man immer noch ohne Austausch fertig geworden sei. Sollte das fernzeitlich nicht möglich sein, so wird man Vernehmungen im Interesse des Dienstes vornehmen können. Im Plenum des Staatsrats wurde auf diese Erklärung des Regierungsvertreters von dem Generalberichterstatter zum Etat, Dr. Kaiser aus Darmstadt, noch einmal ausdrücklich hingewiesen, ohne daß von den Vertretern des Kultusministeriums Einspruch erhoben wurde. In Romowes wird man jetzt die Probe auf das Gemisch machen. Dort sind 850 Kinder, und 30 Prozent aller Schulpflichtigen, für eine welt-

lichter gesteigert, stürten in dieser Schöpfung voll gewaltiger Ausmaße dynamisch gegeneinander und zerließen zu hellkam eigenharmonischen Rubelläden. Das melodische Element spielt dabei eine sekundäre Rolle, während das Schlagzeug eine wesentliche Bedeutung gewinnt. Die Erbschaftsplanung unter Gustav Bracher dämmelte nur eine Skizze des Werkes; denn die ausführenden Organe mußten (der materiellen Not gehorchend) beschränkt werden, und mit kleinem Taktieren ist vorwiegend dynamischen Wertes schwerlich beizukommen.

In geborgeneren Händen liegen Resonanzführungen unter der Intuition Hermann Scheichens. Aus vorhandenen Grundproblemen aufbauend, verleiht thematische Geleimfähigkeit Tieffens 2. Sinfonie (op. 17) „Stich und Werbe“ leichtfahliche Struktur. Melodische Entwicklungskraft, strömend voll innerer Gärung, und eine überlegene Beherrschung der orchestralen Klangwerte strafft die inhaltliche Spannung bis zum letzten Takt. Wenn Tiesens in seinen kammerorchestralen Werken stilistisch eine härtere Selbstprägung offenbart, so kommt in seiner 2. Sinfonie die Impulsivität einer Natur ungeflös zum Durchbruch. F. W.

Das 5. Sinfonie-Konzert der Staats-Theaterkapelle unter Furtwängler brachte außer der etwas trockenen Wiedergabe von Beethovens Prometheus-Ouverture eine überwältigende Ausführung von Schumanns 1. Sinfonie sowie Strauss' Symphonie Domestica. Furtwängler ist der Dirigent! Ueber Zeitmaße usw. mögen Philharmoniker mit ihm rechten. Jedenfalls reißt er durch seine ungeheure Impulsivität Orchester und Hörer, nicht zuletzt sich selbst, fort. Möge er immer der lebensprägenden Musikant bleiben und nie „Baudouins“ große werden, was schließlich in den meisten Fällen zur Verflüchtigung gegenüber dem „Publikumsgefäch“ („der eine hat ihn hinten, der andere hat ihn vorn“) führt. Stm.

Von der Atlantik zum Zukunftsaal. Der Gedanke, die Entwicklung der menschlichen Kultur auf den verunklärten Kontinent Atlantis zu verlegen, ist in der Wissenschaft nicht neu. Eine ganz originelle Ausdeutung aber findet man in einem Werke von Karl Georg Zischelsch: Herkunft und Geschichte des arischen Stammes (Arier-Verlag Nikolajew). Mit einem gewaltigen Apparat von Mythologien aller Völker geht der Verfasser vor, um uns ein getreues Bild der atlantischen Prähistorie und Geschichte ihrer Träger zu geben. Bei aller Mühseligkeit dieser Teil des Buches doch sehr interessant und weiß zweifellos der Sagenkunde neue Bahnen. Weniger erfreulich sind die Schlüsse, die der Verfasser aus den gewonnenen, im ganzen doch noch wenig sicheren Grundlagen zieht: ihm sind die Atlanter gleichbedeutend mit den Arier. Hier sieht er durch die Brille der Partei, und mit den Arier. Seine gefälligste durch diese sieht man bekanntlich alles schief. Seine gefälligste Deutung von Namen aller Art kann hier nicht ausführlich kritisiert werden; immerhin ist auch hier reiches Material für vortragsweise Fortföher und dankenswerterweise zusammengetragen. Das sonderbarste aber ist der Schluß des Buches: Hiobachil fordert das Ionier die Errichtung eines eignen Staates für die „reinen Arier“, und zwar ausgerechnet in demselben Afrika, das den Zionisten einmal für ihr neues Jerusalem angeboten wurde. So berühren sich die Gegensätze. Uns dünnte es recht sein,

